

Stahlzölle: Wo Trump ein wenig recht hat

Der US-Präsident geht im Handelsstreit auf Konfrontationskurs mit China und zwingt Europa mitzumachen

Birgit Voigt

Donald Trump hat die Lunte angezündet. Sein Beschluss, ab dem 23. März deutlich höhere Importzölle auf Stahl und Aluminium zu erheben, bringt die globale Handelsordnung ins Wanken. Die Attacke ist hierbei offenbar nur der Auftakt für eine Kraftprobe mit China, bei der Europa in eine unterstützende Rolle gezwungen werden soll. Die jüngsten Entwicklungen im Streit um die Stahltarife bieten jedenfalls Argumente für diese These.

Die Drohkulisse beim Stahl lässt vorerst einmal alle betroffenen Interessengruppen fieberhaft bei der US-Regierung weibeln, um eine Ausnahmeregelung zu erhalten. Kanada und Mexiko als grossen Stahlimporteure stellte Trump schon eine in Aussicht – wenn sie beim Freihandelsabkommen Nafta Zugeständnisse machen.

Martin Naville von der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer erwartet, dass es weitere Ausnahmen für offiziell verbündete Nationen geben wird, wenn sie im Gegenzug etwas anbieten. Trotz der allgemeinen Empörung sei es ein Fakt, dass die USA eher tiefere Importschranken hätten als alle anderen: «Die Art des Vorgehens ist nicht diplomatisch-höflich, aber zeitigt Erfolge.»

EU hat eher tiefe Zölle

Gemäss Statistiken der Welt Handelsorganisation WTO schützen die Europäer ihre Waren mit Einfuhrzöllen in der Höhe von 4,2%, die Amerikaner im Gegenzug nur mit 3,2%. Protektionistischer ist Europa bei landwirtschaftlichen Produkten: Einfuhren sind mit 11% verteuert, in den USA nur mit 5%. Das von Trump vorgebrachte Argument der ungleich langen Spiesse hat für China mehr Berechtigung. China schützt die eigenen Unternehmen vor ausländischen Übernahmen und belegt Nichtagrargüter durchschnittlich mit 9% Einfuhrzoll, Agrarprodukte mit 15,5%.

Doch auch die Amerikaner sind nicht ohne Fehl und Tadel. Sie belagern zwar normale Autos nur mit geringen Einfuhrsteuern in Höhe von 2,5%, doch auf sogenannte Pick-up-Trucks und Vans schlagen sie 25% drauf. Die US-Tabakfarmer können sich hinter Tarifen in Höhe von durchschnittlich 19% verstecken. Auf manchen Rauchwaren lastet ein Zoll von 350%.

Simon Evenett, Professor für internationalen Handel und wirtschaftliche Entwicklung an der Universität St. Gallen, hält fest: «Grundsätzlich sind die Zölle, die die USA und die EU im gegenseitigen Warenhandel erheben, sehr tief. Was Präsident Trump da über «sehr hohe Zölle» sagt, ist falsch.» Beide Seiten hätten eine geringe



Ein Funkenregen begleitet die Stahlschmelze im grössten Stahlwerk Europas, betrieben von Thyssen-Krupp. (Duisburg, 6. Dezember 2012)

Mexiko für Freihandel

Der Ausbruch der Finanzkrise 2008 hat viele Industrienationen dazu bewegt, die eigene Wirtschaft durch Handelsbarrieren zu schützen, wie die Autoren Simon Evenett und Johannes Fritz im «21st Global Trade Alert Report» schreiben. Mexiko schwamm gegen den Strom mit 7620 Zolllenkungen und nur 556 Erhöhungen. China hat in der gleichen Zeit 437-mal Einfuhrzölle erhöht und 472-mal auf anderen Produkten gesenkt. Die USA steigerten in den letzten 10 Jahren nur 63-mal Einfuhrzölle auf bestimmten Gütern und senkten sie auf 112 Warengruppen. (vob.)

Zahl an «Ausreissern», die das praktisch fertig ausgearbeitete Transatlantische Handelsabkommen TTIP beseitigt hätte. Doch Trump beendete das Projekt.

Der Wirtschaftsprofessor sieht die Massnahmen vor allem innenpolitisch motiviert, denn im Herbst stehen Neuwahlen für das gesamte US-Repräsentantenhaus und einen Teil der Sitze im Senat an: «Der vermeintliche Schutz für die US-Stahlproduktion soll die Kernwähler von Donald Trump mobilisieren.»

Aus welcher Motivation auch immer: Die US-Regierung spielt mit Gusto auf der Klaviatur der Emotionen und schürt Ängste der Betroffenen. Die Nation der Autobauer erlitt letztes Wochenende geradezu eine Panikattacke, als Trump drohte, Gegenmassnahmen der EU mit Strafzöllen auf deutsche Autos zu kontorn.

In den letzten Tagen kamen nun aber ganz neue Töne aus Washington. Nach der Peitsche ein Krümel Zuckerbrot. Trumps Handelsberater Robert Lighthizer liess bei Gesprächen in Brüssel erkennen, man werde der EU eine Ausnahme von den Zöllen gewäh-

ren, wenn sich die Europäer mit den Amerikanern zusammen gegen «unfaire chinesische Handelspraktiken» wehrten.

Widerwillig gegen China

So oder so haben die Amerikaner Europa zumindest im Stahlkonflikt bereits gegen China in Stellung gebracht. Denn für die Europäer ist der Zugang zum US-Markt zwar wichtig, aber selbst wenn der gesichert werden kann, kommen Probleme auf die Stahlkocher zu. Sie fürchten, der europäische Heimmarkt könnte von jenen chinesischen, russischen und indischen Anbietern geflutet werden, die aus dem US-Markt gedrängt werden.

Besonders China stelle staatlich subventioniert viel mehr Stahl her, als es selbst verbräuche, heisst es aus der deutschen Stahlindustrie. Der Lobbyverband Wirtschaftsvereinigung Stahl fordert deshalb Schutzzölle für den EU-Raum und übernimmt damit aus Eigeninteresse einen Teil der Forderungen der US-Regierung.

Während die globale Aufmerksamkeit noch auf diesen Brandherd gerichtet ist, arbeitet die

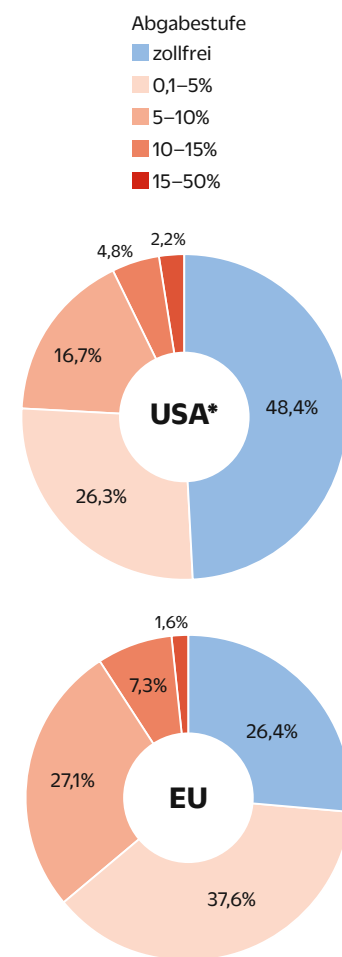
Trump-Administration offenbar an neuen Sanktionen, die sich ganz direkt gegen China richten.

Die Chinesen setzen fast ein Fünftel ihrer Exporte in den USA ab. Daraus entsteht für die USA ein Handelsbilanzdefizit von rund 347 Mrd. \$ jährlich. Laut «Wall Street Journal» visiert die US-Regierung nun chinesische Importe im Wert von mindestens 30 Mrd. \$ an, die sanktioniert werden sollen. Bisher hat Peking zurückhaltend auf alle Drohungen reagiert. Doch der Riese wird sich Einschnitte nicht ohne Gegenwehr gefallen lassen.

Wirtschaftsprofessor Ralph Ossa von der Universität Zürich ist Spezialist für globalen Handel. Er plädiert mit Nachdruck dafür, das bestehende Freihandelssystem mit seinen etablierten Handels- und Konfliktlösungsregeln zu beschützen. «Das heisst nicht, dass die betroffenen Länder sich nicht wehren sollen, aber dies sollte innerhalb des etablierten Prozesses der WTO geschehen.» Ein weltweiter Handelskrieg hätte «verheerende» Folgen. «Meine Forschung legt nahe, dass die Errichtung von globalen Hemmnis-

USA erheben weniger Zölle

Zölle für importierte Waren in den USA und in der EU (ohne Agrarprodukte)



* Die zur Verfügung gestellten Zahlen ergeben total nur 98,4% statt 100%

Quelle: WTO

sen ein Viertel der erzielten volkswirtschaftlichen Gewinne aus dem Handel vernichten würde.»

Kommt es zu dieser Eskalation, wird auch die hiesige Wirtschaft leiden. Im letzten Jahr verkauften Schweizer Firmen Waren für 45 Mrd. Fr. nach Deutschland, für 36 Mrd. Fr. in die USA und für 24 Mrd. nach China. Das ergibt mehr als ein Drittel aller Exporte.

Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) beschäftigt sich eine Expertengruppe vorerst nur mit den Folgen der angedrohten Importzölle auf Stahl und Aluminium. Grundsätzlich seien sie aufgrund des eher geringen Handelsvolumens wohl klein, sagt Seco-Sprecher Fabian Maienfisch: «Dennoch könnten diese Zölle für einzelne Firmen einschneidend sein.» Die Schweiz werde die amerikanischen Behörden deshalb um eine Befreiung von Handelsschutzmassnahmen ersuchen. Darüber hinaus prüfe die Schweiz alle Optionen, um ihre Interessen zu verteidigen. «Denn die von den USA angekündigten Massnahmen sind ein Angriff auf den freien Handel und das macht uns Sorgen.»



Universität St. Gallen

Weiterbildung für unternehmerische Persönlichkeiten aus KMU

Intensivstudium KMU
50 Seminartage in 10 Blockwochen
28. Durchführung: April 2018 bis Juni 2019

KMU Leadership 8 Seminartage in 2 Blöcken
15. Durchführung: September/Oktober 2018

Letzte Plätze!



Der Praxisbezug, der Austausch mit den Teilnehmenden sowie die vermittelten Instrumente verweben sich während des Intensivstudiums KMU zu einer ganzheitlichen Betrachtungsweise – wertvolle Impulse für meine tägliche Arbeit als Standortleiterin.

Marion Spirig
Mitglied der GL, Itten+Brechbühl AG

Nächster Info-Abend:
24. Mai 2018 in Zürich
Anmeldung online

KMU-HSG.CH

www.kmu.unisg.ch/wb